

Humane Wirtschaft, humane Ethik – humane Genetik?

Kritische Betrachtung eines langjährigen Lesers der HUMANEN WIRTSCHAFT als Grundlage für weiterführende Arbeiten an und in der Zeitschrift

Roland Weber

Die Beiträge in der HUMANEN WIRTSCHAFT spiegeln m. E. oft nicht die Realität wieder, jedenfalls nicht in dem Umfang, in dem sie Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge schaffen müssten oder gar Handlungsempfehlungen aussprechen könnten. Gerade weil ich oft eine Annäherung an humanes Denken und das Analysieren der wirtschaftlichen Abläufe und Lebensbedingungen und nicht zuletzt Hinweise auf Änderungserfordernisse vermisste, melde ich mich mit diesem „un-ökonomischen“ Beitrag einmal zu Wort. Schon die Themen Geld- und Zinspolitik, wie sie immer wieder dargestellt werden, dürften nach meiner Einschätzung nicht nur mir, sondern vermutlich auch vielen anderen Lesern am Nerv vorbeigehen. Welcher Leser vermag aufgrund dieser Informationen und Darstellungen irgendetwas irgendwie tun oder denken, was etwas ändern könnte? Wird aber gar nicht mit der Absicht geschrieben, etwas zu ändern, wozu denn dann? Vieles erscheint nur als „l'art pour l'art“, der Kunst um der Kunst willen, Erkenntnis um der Erkenntnis willen? Ich frage mich deshalb oft, an wen richtet der Autor seine Botschaft, welche Schlussfolgerungen zieht er aus seinen Erkenntnissen oder Thesen, wer sollen seine Adressaten sein und welche Erwartungen oder Hoffnungen verbindet er mit seiner Veröffentlichung?

Nutzloses Wissen?



Um dies zu konkretisieren, möchte ich exemplarisch den Beitrag „Georges Batailles Spekulationen auf die Ökonomie der Verschwendung“ (HUMANEN WIRTSCHAFT 04/2016, S. 28) herausgreifen. Sicherlich muss ich zunächst mein Unverständnis mir selbst anlasten, aber

danach weiß ich nicht, ob der Rest auf das Konto des Theoretikers oder auf das des Rezensenten geht. Durch ständiges Durcheinanderwerfen der Begriffe und den unterschiedlichen Bezug kommt letztlich eine Philosophie zustande, die wohl bei den wenigsten Lesern Verständnis oder gar Zustimmung finden dürfte. Armut ist keine Form des Reichtums, wie dort intellektuell zusammengezimmert wird, Reichtum an Bodenschätzen oder Ressourcen heißt nicht automatisch Reichtum für Menschen, schon gar nicht für alle. Und bestreitbar ist auch die Aussage, dass die Ökonomie nicht durch Produktion, Nutzen, Gewinnstreben und Erwerbstätigkeit ihren Zweck erfüllt, sondern durch Verschwendung, Verausgabung, Opfer und gar Einsatz des Lebens (S. 29). Die Menschen müssten mehr in Begriffen des Luxus denken. Diesen Gedanken widerspreche ich aufs Schärfste. Dies mag als elitäres Philosophieren wohlgefallen sein, aber mit humaner Denkweise oder gar humaner Problemlösung hat dies offensichtlich nichts zu tun.

So füllt sich zumindest bei mir stetig die riesige Schublade des nutzlosen Wissens. Das nutzloseste Wissen und das umfassendste Vergessen verdanke ich der Ökonomie, ihren Wirtschaftsweisen, ihren Wirtschaftskapitänen, Finanzkoryphäen und Autoren. Diese Wissenschaftler und Experten sahen schon mehrfach bei Arbeitszeitverkürzungen, Steuererhöhungen (oft nur als nicht noch weitere Absenkung), Krankenkassenbeitragsbeteiligungen oder vor allem bei jeglicher Lohnerhöhung das Abendland am Rande des Weltuntergangs. Hier wünsche ich mir auch einmal eine klare Positionierung durch einen Autor in einer Zeitschrift wie der

HUMANEN WIRTSCHAFT. Im Nachhinein erkennt man dann wieder einmal, dass es ihnen allein um das Kochen ihres Süppchens ging.

Oft genug hat sich nichts von dem bewahrheitet, was zuvor in dramatischer Weise kritisiert wurde. Man denke nur an den Weltuntergang, der mit der Einführung eines Mindestlohns angekündigt wurde. Die Auswirkungen waren nicht nur verkräftbar, sie bestätigten vielmehr die gegenteilige Auffassung. Zittern mit mir Millionen Deutsche vor dem Bildschirm, wenn der DAX in seinem überirdischen Auf und Ab mit geradezu lächerlichen Szenarien aus einem Wirtschaftszweig, einem Unternehmen oder zu einer Aussage eines Politikers in Bezug gesetzt wird? Brauchen wir zur geistigen oder ökonomischen Orientierung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen diese unsäglichen Börsenkommentare, bei denen ein Unternehmen oder ein Ereignis zum allumfassenden Kurvenfaktor stilisiert wird, oder brauchen wir diese durchlaufenden Börsenzahlen in den privaten Sendern? Welcher Unternehmer oder Aktienanleger richtet sich denn nach diesen aufwendig präsentierten Daten? Oder soll das Ganze dem staunenden Publikum so nur vor Augen führen, dass es von Wirtschaft und Einflüssen eben nichts versteht und in Angelegenheiten des Arbeitsmarktes, der Tarifgestaltung der Vorstandseinkommen samt Boni-Zahlungen weiterhin über kein ausreichendes Wissen zur Beurteilung der Finanz- und Wirtschaftslage verfügt? Bin ich jetzt doch derjenige, der als Erster ruft „Der Kaiser ist ja nackt“? Ja, stecke ich jetzt als Schreiber schon in der Rolle eines *Whistleblowers* und muss mit Sanktionen rechnen?

Ökonomische Tatbestände sind auf menschliche Entscheidungen zurückzuführen

Mit Interesse und Verständnis lese ich dann aber auch andere Artikel in der **HUMANEN WIRTSCHAFT**, wie gerade den eben angesprochenen über *Whistleblower*. Auch den Artikel über die Kriegstreiberei („Wenn ein Krieg droht, muss die Zündschnur gekappt werden“) möchte ich als besonders lesenswert hervorheben. Ökonomen möchte ich an dieser Stelle sagen, dass nicht nur die knappen Güter das Wertvolle sein müssen, sondern dass auch das Massenhafte, wie hier sicherlich von vielen Menschen zu diesem Thema genauso Gedachte, einen Wert steigern kann.

Ökonomen scheinen in ihre Wissenschaft derart verliebt zu sein, dass sie offenbar ständig neue Themen aufgreifen – oder erfinden. Dies wäre gewiss nicht zu verwerfen, wenn sich Zusammenhänge, Ziel und Absicht klar erkennen ließen. Für den rein akademischen Bereich und den Bereich der Forschung mag derartige „Sinnfreiheit“ durchaus noch ihren Sinn haben, wenn sich daraus ein besseres Weltverständnis ableiten lässt. Welche Gase sich auf einem Tausende Lichtjahre entfernten Planeten nachweisen lassen, hat so durchaus auch Anspruch auf eine wissenschaftliche Erforschung. Wenn man sich dem Humanen zuwendet, sollte jedoch der Mensch und die Menschen im Mittelpunkt stehen. Und da beginnen m.E. die Unzulänglichkeiten, die trotz aller wissenschaftlichen oder schriftstellerischen Kompetenz am eigentlichen Thema vorbeigehen. Die Ökonomie ist viel weniger Wissenschaft als sie glaubt, und sie ist vor allem keine Wissenschaft, die sich als Naturwissenschaft verstehen sollte, sondern als Geisteswissenschaft. Mag sie sich in der Theorie natürlich als Geisteswissenschaft verstehen, in der Praxis, wie sie sich in Artikeln wie in der **HUMANEN WIRTSCHAFT** niederschlägt, gibt sie sich mit der Darstellung ihrer Gesetze (Zinsen, Geldflüsse, Flexibilitätsvorteil als Zinsergänzungsvariante; so in **HUMANEN WIRTSCHAFT** 04/2016, S. 22) oder Bitcoins als Zukunftswährung (S. 38) selbstüberschätzend als eine Art Naturwissenschaft aus. Man muss auch nur an die Kaffeesatzleserei denken, mit der Entwicklungsprognosen mit dieser Denkweise ausgeworfen wer-

den. Man sucht sein wissenschaftliches Heil in prognostischen bzw. abstrakten Szenarien und vernachlässigt in höchst erstaunlicher Weise nahezu stets die Analyse gegenwärtiger Strukturierungen und Kausalitäten.

Es scheint niemandem so recht aufzufallen, dass sich nahezu alle ökonomischen Tatbestände auf menschliche Entscheidungen zurückführen lassen. Es sind gerade keine Naturgesetze, die den Kapitalismus in den ethischen Bankrott führen, sondern die Menschen schaffen sich Gesetze, die eben genau dies zulassen. Es dürfte kaum ein wirtschaftliches Handeln geben, das sich nicht auf rechtliche Vorgaben und Rahmenbedingungen zurückführen lässt. Doch dieses geistige Band wird nur zu gerne vernachlässigt und die Ereignisse an Märkten, um Steuern und um Strategien werden als naturgesetzliche Gegebenheiten dargestellt, die sich in erstaunlicher Weise politischen Einflüssen weitestgehend entziehen. Die argumentative Notbremse, die gezogen wird, wenn sich ein Denken in andere Richtungen anbahnt, sind die Arbeitsplätze. Rauchen verbieten, geht nicht, wegen dem Verlust von Arbeitsplätzen. Weniger Waffen exportieren, geht nicht, das gefährdet Arbeitsplätze. Reiche besteuern, geht nicht, da damit Investitionen und damit Arbeitsplätze gefährdet werden. Wie viele Millionäre würden wirklich auswandern oder ihr Unternehmen schließen, wenn man auch nur daran dächte, die mörderischen Steuern wieder einzuführen, die damals unter dem Sozialisten Kohl zu zahlen waren?

Menschen, die über die rechtlichen Bedingungen entscheiden, sind dabei immer nur wenige, und in den Demokratien sind es die, die das Volk aus welchen Gründen auch immer gewählt hat. Dass diese Entscheidungsprozesse generell lobbygesteuert sind oder durch Lobbyisten begleitet werden, ist inzwischen wohl eine Binsenweisheit. Der erforderliche Sachverstand ist eben bei den Politikern nicht mehr ausreichend vorhanden, wie dazu rechtfertigend und klarstellend betont wird. Das mag sogar stimmen. Derzeit sieht man an der von Bundesverfassungsgericht eingeforderten Neuregelung der Erbschaftsteuer, von welchem Kaliber die Interessenvertreter sind. Die Politik bringt es nicht fertig, den gerichtlichen Vor-

gaben entsprechend termingerecht die erforderliche Regelung zu treffen. Die Groß-Vererber wehren sich vehement, ihre Erben einer stärkeren Besteuerung auszusetzen. Selbstverständlich machen sich die Reichen für ein leistungsloses Einkommen stark, aber natürlich nur in ihren Kreisen. Bei den unteren Volksschichten kann dieser Grundsatz natürlich nicht gelten, da ansonsten der geistigen und gesellschaftlichen Verwahrlosung Tür und Tor geöffnet wäre. Man sollte sich angewöhnen, diese Betrachtung bei allen ökonomischen Tatbeständen zugrunde zu legen. Zunächst sollte es erst einmal gelten, einen als unangemessen, unbilligen, ungerechten und ungleichen Sachverhalt zu erfassen und den erforderlichen Umfang einer Änderung festzustellen. Schon hier würden sich aber schnell Gräben auftun und man würde erkennen, dass manches gar nicht gewollt ist. Steuerschlupflöcher und Steuervermeidungsstrategien waren schon jahrelang bekannt und störten die verantwortlichen Steuereintreiber in einem Finanzministerium nicht. Gott schuf nicht nur Inseln, nein, er schuf auch Steuerinseln und wer möchte ihm da ins Handwerk pfuschen? Erst, wenn es doch zu skandalös wird, wird Einsicht vorgetäuscht, die dann wahlweise ausgesessen oder das Thema wird mit halbherzigem Flickwerk aus der Gefahrenzone gelöst. Das Streben nach mehr Humanem heißt nicht nur den Blick auf das Theoretische richten, sondern auch, das Praktische ins Visier zu nehmen.

Die Kunst der Ökonomie gleicht der der Theologie, Gegebenheiten als alternative Sachzwänge höherer Faktoren darzustellen. Die Antwort lautet jedoch nie, dass ein Zustand nicht zu ändern ist, sondern schlichtweg, dass die einflussreichen Kreise aus Politik und Wirtschaft dies einfach nicht wollen. Wie soll man erklären wollen, dass es gerechtfertigt sei, dass die Renten in Zukunft schon per Gesetz ständig geringer werden? Die aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten werden dabei noch nicht einmal eingerechnet. Dies ist eine einfache und eben kaum beobachtete Umverteilung von unten nach oben. Ökonomen dürften leicht noch viel mehr Aspekte aufzählen können, an denen man erkennen kann, dass nicht naturgesetzliche Bedingungen die Umstände bestimmen, sondern ganz konkrete Gesetze und eine ganz gezielte Gesetzge-

bung. Ich verkenne nicht, dass es durch die Globalisierung eine Vielzahl von Abhängigkeiten gibt, die sich national oder regional gar nicht mehr lösen lassen. Aber es wäre deshalb schon viel gewonnen, wenn man seinen Sachverstand einfach nur einmal dafür bemühen würde, die Ursachen aufzuspüren und die Hindernisse zu benennen, die einer Änderung in einem als defizitär anzusehenden Bereich entgegenstehen.

© Katharina Wieland Müller / pixelio.de



Konkrete Forderungen

Wieso schafft es die Politik nicht, auf breiter Front die Lebensverhältnisse der Menschen dem technischen und ökonomischen Fortschritt entsprechend zu verbessern? Nimmt das Einkommen der Menschen im Prinzip analog der Wirtschaftsleistung zu? Deutschland sei ein reiches Land, wir vollmundig verkündet. Aber was ist mit den Menschen? Sind Kinderarmut und Altersarmut Begriffe, die auch noch niemand gehört hat? Muss man in einer geforderten humanen Wirtschaft nicht auch einmal dazu Stellung nehmen? Nicht den Einkommensdurchschnitt darf man statistisch erfassen, sondern man muss Bevölkerungsgruppen bilden und sieht dann natürlich, dass ein kleiner Teil immer reicher, der immer größer werdende Teil dagegen immer ärmer wird. Es wäre ein Leichtes für einen Ausgleich zu sorgen. Genau so wie man ein Mindesteinkommen, wie erbärmlich mühsam auch immer, festlegen konnte, wäre es ein leichtes auch ein Maximaleinkommen festzulegen. Den Betrag möchte ich nicht festlegen, aber so kann jeder einmal sein ethisches Empfinden austesten. Ein derartiges Vorgehen verbietet weder das Grundgesetz (vgl. Art. 14 und 15 GG) noch eine humane Grundeinstellung.

Da bekanntlich Politiker nicht mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen und dies auch bei Ökonomen nur im Ausnahmefall zu beobachten sein dürfte, hier einmal einschlägige Grundgedanken der Verfassung:

Art. 14 GG:

- (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.**
- (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.**
- (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.**

Art. 15 GG:

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Art. 21 Abs. 1 GG:

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Aus den Texten erkennt man, dass auch im Bereich Wirtschaft und Unternehmen durchaus ein gesetzgeberischer Handlungsspielraum vorhanden ist. Bei der Diskussion um einen Mindestlohn nimmt man die gesamtwirtschaftliche Lage in den Blick. Wie wäre es, wenn man auch einmal die Auswirkungen von Höchstlöhnen in den Blick nähme (Art. 14 I, II GG)? Wenn man überhaupt einmal zur Kenntnis nähme, dass es auch Verpflichtungen und Grenzen gibt, die nicht zwangsläufig frei zu gestalten sind? Würden dann alle Manager sich im neu findenden England nach dem Brexit einfinden oder würden dann sämtliche Profi-Kicker, um auch diese Fehlentwicklung einmal in den Blick zu nehmen, nur noch auf der Insel dem Ball nachjagen? Man sollte sich eben von diversen Geisterbahn-Diskussionen nicht zu sehr

beeindrucken lassen. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage gilt im Grunde nicht nur für Waren und Arbeitsplätze, sondern auch für Höchstbezahlte. Es geht hier nicht um Neid oder Abwürgen, sondern um eine humanere Wirtschaft und ein humaneres Wirtschaften. Das Argument Aus- und Abwanderungen zu riskieren, sollte man sich genau ansehen. Das Argumentationsniveau in diesen Verteilungs- und Teilhabediskussionen gleicht dem bei den Themen Arbeitsplätze oder Kapitalströme. Letztere können angeblich ungehindert um die Welt kreisen. Da das kein Naturgesetz ist, können sie es aber nur dann, wenn die menschlichen Gesetze dies zulassen. Die Freiheiten, die man hier als systembedingte Schwachstellen ausmachen möchte, sind bei näherer Betrachtung eher Täuschungsstrategien. Manchmal möchte man den Großverdienern und seinem Kapital gute Reise nach Burkina Faso oder auf die Falkland-Insel wünschen. Sollte es den Höchstdotierten wohl binnen kurzem gelingen, aufgrund einer überragenden Kompetenz, aus einer maroden Kfz-Werkstatt einen neuen Konzern zu schmieden? Man würde sehr schnell merken, dass die Wortspiele, die hier getrieben werden, eben nur in einem ökonomisch gesicherten Umfeld funktionieren und auch nur dann funktionieren, wenn man auf eine gläubige Masse trifft.

Wie sieht es mit unseren Politikern und dem Zustand der Demokratie aus?

Eigentlich sollte man ja annehmen, dass in einer Demokratie mit ihren Grundrechten und ihrer Staatsorganisation keine Zustände vorzufinden sein dürften, die deren Prinzipien widersprechen und große Teile der Bürger benachteiligen. Oder anderes herum: Wie kann es sein, dass ein derartiges System wenige Menschen offensichtlich bevorzugt? Eine Bevorzugung, die nicht nur finanzielle Aspekte umfasst, sondern sich absurderweise bis in den Bildungsbereich, bis zu Gesundheitszuständen und bis in die Sterbestatistiken fortsetzt? Der Leistungsgedanke und die Förderung Befähigter findet dort am wenigsten Zustimmung und Unterstützung, wo es am lautesten und nachdrücklichsten angemahnt wird. Die Erklärung für diese Interessendiskrepanz dürfte schon einmal darin zu sehen sein, dass die Volksvertreter durchaus nicht das Volk

vertreten, sondern als Vertreter insbesondere wirtschaftlichen Interessen in den Staats-, Regierungs- und sonstigen Geschäften tätig werden. Politiker verstehen ganz offensichtlich ihren Auftrag vor allem ökonomisch und nicht humanistisch. Dazu muss man nur auf die Aspekte hören, die in Verlautbarungen angeführt werden. Die sogenannte politische Mitte wurde schon vor Jahrzehnten von der wirtschaftlichen Elite vereinnahmt. Dabei verstehe ich das Wort Elite nicht in einem ethischen Sinne, sondern als Herrschaftsschicht.

Es ist z. B. ein Skandal, dass in Deutschland gewählte und damit auch gut bezahlte Politiker einerseits ihre Bezahlung mit einer großen Belastung rechtfertigen, andererseits aber durch zahlreiche Nebentätigkeiten zum Teil erhebliche Einnahmen erzielen. Ist dieses Faktum bei irgendwem irgendwie strittig? Deutschland nimmt so hinsichtlich wirtschaftlicher Befangenheit seiner Politiker, konkret deren Korruptionsanfälligkeit, seit langem einen der allerletzten Plätze im Nationen-Vergleich ein. Da wären wir also wieder dicht bei Burkina Faso.

Durch unsere staatliche Organisation werden gigantische Summen verpulvert. Verantwortlichkeiten werden zudem verwischt. Die Art, wie in Deutschland Föderalismus organisiert ist, widerspricht jeglicher Wirtschaftlichkeit. Von den damit zusammenhängenden Unzulänglichkeiten in der Länder- und Gemeindefinanzierung und die Auswirkungen im Bildungsbereich oder bei der Polizei ganz abgesehen. Gerade dort, wo es um Humanes geht, vom Kindergarten, über Schule und Studium bis ins Pflegeheim, sind die finanziellen Ressourcen im Bund und in den Ländern immer auffällig klamm. Wenn man das Argument der klammen Kassen hört, sollte man sich immer fragen, wofür die oft immensen Einnahmen denn eigentlich ausgegeben werden. Hinter einem Sozietat (Arbeit und Soziales) des Bundes mit rund 130 Milliarden Euro für 2016, in den man hineinpakt, was geht, findet sich auf Platz zwei dann der Militärhaushalt mit rund 34 Milliarden Euro. So werden von der Spitze her die Prioritäten gesetzt.

Dass Demokratie in vielen Facetten nur unzulänglich funktioniert, zeigt absurderweise gerade die Entscheidung über den sogenannten Brexit. Wie kann

man denn auf die Idee kommen, dass hier eine Volksabstimmung eine sachgerechte Lösung bringen würde? Aus gewohnter Routine heraus glaubte ein Ministerpräsident wohl, dass er das Volk schon wie wahlüblich auf seine Seite bringen könnte. Er hat sich dummerweise vertan, weil er das Oberflächliche und Plakative in der Politik unterschätzte. Die erstaunliche Folge: Niemand, weder in den eigenen Reihen noch im Ausland oder der vernetzten Wirtschaft, überblickt nun überhaupt die Folgen dieser Volksbefragung. Absurder geht Demokratie in hochkomplexen Fragen wirklich nicht. Bei anderen Fragen hingegen, bei denen eine Bevölkerung durchaus die Probleme, Vorteile, Risiken und auch Finanzlage zumindest annähernd überblicken kann, wie bei Stuttgart 21, dem Ausbau des Schienenverkehrs oder der Gestaltung der Infrastruktur, missbraucht man seine Volksvertreterrolle und ignoriert schlichtweg jegliche Mehrheiten und Argumente. Und um dieses Versagen noch deutlicher zu machen, muss ich jetzt auch einmal auf das Thema Sterbehilfe hinweisen. Was spricht wirklich dagegen, jedem Kranken oder gar Schwerkranken selbst zu überlassen, ob er weiterleben möchte oder nicht? An dieser Stelle sollte man sich diese argumentativ manipulierenden Missbrauchs-Szenarien schenken. Niemand müsste sich bei einer humanen Gesetzesänderung umbringen lassen. Und insbesondere hat der unerträgliche Hinweis auf die Nazi-Zeit mit Mördern im Staatsauftrag mit dieser Entscheidung rein gar nichts zu tun. Zu tun hat das Beharren in diesen hier angesprochenen Fällen mit einem staatlich verordneten Dahinsiechen wohl im Interesse der Medizinindustrie und leider auch einer kirchlich und religiös begründeten missverstandenen Humanität. In diesen höchstpersönlichen Fällen überlässt man es nicht einer Mehrheit eine humanere Regelung gegenüber der jetzigen Rechtslage zu finden, sondern man tritt stattdessen die Menschenwürde mit Füßen. Aber auch andere Bereiche, in denen sich sehr schnell eine persönliche Betroffenheit einstellen könnte, versagt man eine Willensbildung an den Interessen der Mehrheit. Wie wohl eine Volksbefragung zu TTIP, CETA, Manövern an der Grenze zu Russland, Bundeswehr im Ausland, Waffenexport und Ausrüstung aussehen würde? Über die

se überschaubaren Fragen lässt man gewiss kein Volk abstimmen. Die Demokratie wird immer als die optimale Herrschaftsform dargestellt. Aber man sollte nicht übersehen, welche gravierenden Defizite sie doch nicht aufheben oder ausgleichen kann.

Auch wenn der zuletzt genannte Punkt gewiss nicht die Mehrheit umtreibt, er steht aber beispielgebend für die Ignoranz einer politischen Struktur. Diese Struktur ist vermutlich generell genetisch impliziert. Der Mensch als Herdentier mit einer gewissen sozialen Grundstruktur hat die Quelle seines Daseins aus den Augen verloren. Nachbarschaftshilfe bei Naturkatastrophen funktioniert offenbar immer noch, aber Steuern in großem Umfang zu hinterziehen und das Gemeinwesen somit zu schädigen, obliegt oft keiner moralischen Beschränkung. Dass genug auch irgendwann einmal genug sein müsste, wurde offenbar nicht genetisch verankert. Wenn gerade Großverdiener aus dem Bereich Sport (Messi, Hoeneß, Beckenbauer) oder Wirtschaft (Zumwinkel u. a.) sich noch weitere Millionen auf illegale Weise verschaffen, dann zeigt dies die generelle Beschränkt- und Arseligkeit des Menschen. Man muss diesen jedoch nicht moralisch drohen, sondern sollte eben die ins Auge fassen, die derartige Zustände dulden und begünstigen. Wenn ich vorhin auf die generelle Möglichkeit der Gesetzgebung oder zwischenstaatlicher Vereinbarung hingewiesen habe, dann gilt dies auch für eine Vollstreckung. Statt populistisch immer wieder Strafverschärfungen zu fordern, wenn irgendwie ein Skandal entdeckt wird, sollten die Verantwortlichen in Regierung und Parlament auch dafür sorgen, dass Gesetzesverstöße auch zeitnah und effektiv verfolgt werden. Was ist davon zu halten, wenn ein Bundesland erkennbar damit wirbt, dass es in seinem Bereich weniger Steuerprüfer und damit auch weniger Steuerprüfungen als in einem anderen Bundesland gäbe? Welche Perversion zeigt sich da? Hat irgendjemand etwas dagegen unternommen?

Offenbarer sind keine Verräter 🚩

Um nochmals auf das Thema „Whistleblower“ zurückzukommen: Zunächst möchte ich diesen Begriff durch einen deutschen Begriff ersetzen. Da religiös dogmatisch abgesichert ist, dass es

keine göttlichen Offenbarungen mehr geben wird, sind Verwechslungen ausgeschlossen. Nach der Glaubenslehre des Katholizismus und der des Islams, ist der Begriff „Offenbarer“ somit frei und säkular verwendungstauglich. Er lässt zudem seinen positiv verstandenen Inhalt erkennen. Zum einen kommt im religiösen Bereich ausschließlich der Begriff Offenbarung vor, zum anderen gilt es einen Offenbarer eben von einem Verräter auch sprachlich klar zu unterscheiden. Diese Unterscheidung wird im Englischen nicht deutlich und erleichtert so sicherlich nicht ganz unbeabsichtigt das Verwischen der Grenzen zwischen diesen beiden Personengruppen.



© Dieter Schütz / pixelio.de

Das Thema *Whistleblower* / Offenbarer aufzugreifen, verdient höchstes Lob, da es ethische und unethische Grundhaltungen besonders deutlich macht. Einem früheren Bekannten von mir wurden vor Jahren disziplinarische Maßnahmen angedroht und vermutlich auch durchgesetzt, weil er sich weigerte, Asylanten in menschenunwürdigen Unterkünften einzusperren und dies der Öffentlichkeit offenbarte. Die meisten Menschen arbeiten sicherlich in Hierarchien und mancher wird dabei auch entdecken, wie von oben getäuscht (VW-Abgaswerte-Skandal; Banken bei Steuerhinterziehungen), gelogen und betrogen und gegen Recht und Gesetz verstoßen wird. Das gilt für Unternehmen, Wirtschaftsbetriebe Banken, Versicherungen und auch für öffentliche Verwaltungen (Herausrechnen von Arbeitslosen; Straftaten nicht nach Nationalität erfassen u. a.). Statistiken werden mit ihren Erfassungsdaten umdefiniert, wenn sich gar zu Unliebsames ablesen lässt. Welche Presse macht sich die Mühe, die Zahlen, Erfassungen und Schlussfolgerungen, die

veröffentlicht werden, verständlich zu kommentieren? Geradezu erbärmlich ist jedoch, wie mit dem Thema Offenbarer umgegangen wird. Den Fall Snowden muss ich nicht groß darstellen. Statt das Aufzeigen von massivsten und alle Grundwerte von Demokratie und Rechtsstaat unterlaufenden Praktiken anzuerkennen und den Offenbarer zu schützen, führen die Offenlegungen von Rechtsbrüchen gar zu einem massiven Verfolgungsszenario, das bis heute nicht bereinigt ist. Heute weiß man aber auch, dass der deutsche Verfassungsschutz selbst ohne gesetzliche Legitimation agierte. Im Gegensatz zu den Wirtschafts- und Geldthemen, in denen offenbar Autoren oder Vertretern gar nicht klar wird, wie sehr die Fragen eigentlich reine Gesetzesfragen und die Lösungen ausschließlich dort zu suchen sind, wird hier der Bezug zur Gesetzgebung überdeutlich. Bemerkenswert ist jedoch, dass sowohl im Bereich Offenbarer, als auch dem Bereich Sterbehilfe, als auch im Bereich staatlicher Kirchenfinanzierung allein die Partei *Die Linke* entsprechende Gesetzesvorschläge eingebracht hat, die jedoch jeweils von der Mehrheit des politischen Establishments souverän abgeschmettert wurden. Dass diese Partei und die Gewerkschaften das Thema Mindestlohn jahrelang erfolglos gegen den Widerstand der *SPD* und erst recht gegen den einer *FDP* oder *CDU* in der politischen Debatte hielten, sei der Wahrheit zuliebe auch einmal in Erinnerung gerufen.

Dem im Beitrag der **HUMANEN WIRTSCHAFT** erwähnten Verwaltungsangestellten hätten verantwortliche Politiker und auch die Verwaltung selbst dankbar sein müssen, dass er die amtlichen Lügen zur Sprache brachte. Verantwortliche Politiker sind jedoch ungern verantwortlich. In diesem Fall steckten Politik und Verwaltung eben unter einer Decke und machten nur gemeinsam Jagd auf denjenigen, der sein Verantwortungsbewusstsein ernst genommen hat. Die Öffentlichkeit, die eigentlich dankbar sein müsste, dass sie nicht länger belogen und in trügerischer Erfolgssicherheit gewiegt wird, konnte nicht helfen. Öffentlichkeit heißt in der Regel Presse. Und diese hat nicht nur hier auch immer wieder versagt. Demokratie-Krise ist nicht nur eine Politik-Krise, sondern auch eine Medien-Krise. Jeder mag selbst verfol-

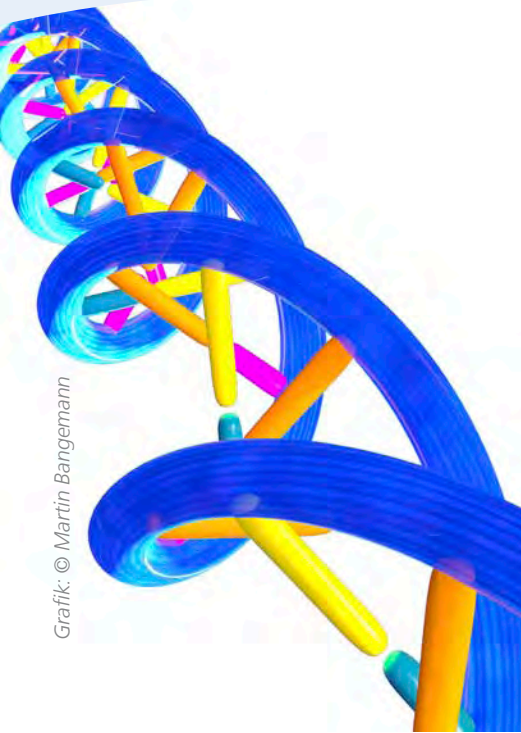
gen, wie z. B. über die hier skizzierten Themen berichtet wird. Noch immer muss es sich ein Offenbarer sehr überlegen, ob er Missstände, Übergriffe, Kosten, Erfolge oder Belastungen öffentlich macht. Dass er schließlich im wohlverstandenen Interesse der Mehrheit lediglich gravierende Rechtsverstöße aufzeigt, hilft ihm im Zweifelsfall nur wenig.

Es mag ganz unterschiedliche Mitteiler / Veröffentlichler (*Whistleblower*) geben. Welche, die aus egoistischen Gründen Geschäfts- oder Amtsgeheimnisse verraten oder der Konkurrenz über illegale Tricks berichten, aber eben auch diejenigen, die aus ethischer und aus den Gesetzen heraus veranlasste Offenbarungen tätigen. Beide Personengruppen gilt es scharf zu unterscheiden. Sicherlich darf man erwarten, dass zunächst normale Wege innerhalb der Hierarchien gesucht werden, andererseits sollte man aber die Latte auch nicht zu hoch hängen. Hier zeigt sich eindrucksvoll die menschliche Sklavenmentalität (s. u.), indem man unterscheidungsunwillig ist und auch den Offenbarer an den Pranger stellt. Ein Gesetz müsste jedenfalls her, dass einen für die Gesellschaft wertvollen und hilfreichen Offenbarer ausreichend vor Verfolgung schützt. Auch dies ist ein Beispiel, wo man durchaus etwas regeln und gewährleisten könnte, es aber einfach nicht will. Mir fällt da immer der Vergleich von dem verlogenen „Ich habe (leider) keine Zeit“ ein, dass in der Sache zu 99 % schlicht heißt: „Ich habe keine Lust“ (Interesse)!

Intelligenzbremse und Schwarmdummheit



Gibt es eine Erklärung für den Zustand all dieser bekannten, aber doch als unabänderbar empfundenen Zustände und Verhaltens? Oft hilft es, wenn man den Blick einmal von außen auf etwas richtet. Vor längerer Zeit las ich ein Buch mit dem Titel „*Die Sklavenrasse der Götter*“ (Autor Michael Tellinger). Gemeint sind dabei wir Menschen. Seine These will ich nicht werten. Aber es erinnerte mich einerseits daran, dass jeder sich fragen sollte, wie er einem Außerirdischen unsere Systeme, unser Verhalten, unsere Organisation, unsere Interessen, unsere Möglichkeiten, unserer Wirtschaften, unseren Natur- und Klimaschutz, unsere Kriege usw. er-



Grafik: © Martin Bangemann

klären würde. Ziemlich schnell landet man bei einer infantilen Engstirnigkeit, einer kleinkarierten Revierverteidigung, und insgesamt bei einem grenzenlosen und ausgelebten Egoismus. Die These des Autors hat jedoch noch einen anderen Aspekt: dass wir einst als Arbeitssklaven zur Ausbeutung von Bodenschätzen (Gold) von einer außerirdischen Rasse gezüchtet bzw. genetisch manipuliert wurden. Der Clou an der Geschichte ist nun tatsächlich der, dass in unserer Erbmasse ein riesiger Anteil offensichtlich ungenutzter und womöglich gelöschter Speicherkapazitäten vorhanden ist. Unser Genom (DNA und Gene) konnte bislang nur mit 3 % entschlüsselt und zugeordnet werden. Unsere Existenz und die Steuerung unseres Lebens lassen sich also auf 3 % der Erbmasse zurückführen. Wozu die restlichen unnützen Teile dienen ist vollkommen unklar und evolutionär auch nicht erklärbar. Welche Erbmasse und Eigenschaften bei einem Sklavenvolk würde eine außerirdische Herrenrasse tilgen, wenn sie es könnte? Wissenschaftler bezeichnen diesen 97%-Anteil unserer Erbmasse als „Schrott-DNA“. Damit wird wohl jedem deutlich, dass er in einem TÜV-untauglichen Schrottkarren sitzt. Vielleicht hilft dies zu neuen, auch Selbst-Erkenntnissen. Diese These wird man sicherlich leichthändig verwerfen. Aber als Hypothese erklärt sie nahezu perfekt, warum Menschen und die Menschheit offenbar und oft mit einer beschränkten und irrationalen Sklavenmentalität (Unterwürfigkeit, Täuschungsstrategien, Ausweichen, Denkdefiziten) agieren und reagieren.

Was hierbei jedoch bei allen vorhandenen Zweifeln an einer genetischen Manipulation durch eine außerirdische Rasse zu denken gibt, ist das Erkennen einer ansonsten im Tierreich kaum anzutreffenden Ignoranz menschlichen Artgenossen untereinander. Besitzen wir womöglich nur eine Sklavenmentalität, die versagt, wenn wir gedanklich oder räumlich unsere nächste Umgebung und die allernächsten Menschen verlassen? Gibt es quasi immer einen Sprung von einer Einzel-Intelligenz zu einer kolossalen Schwarmdummheit, wenn Zusammenschlüsse und Vereinigungen erfolgen? Gibt es eine genetisch eingebaute Intelligenzbremse, die eine gemeinsame Interessenwahrnehmung (Aufstände) bzw. umfassende Solidarität genetisch ausschließt? Sind wir nur zu Impulsen fähig, wenn andere sie in uns wecken? Stets aktuelle Frage: Wer steckt tatsächlich hinter diversen Unruhen und um welche Interessen geht es denn wirklich? Sind wir nur befähigt oder haben uns doch selbst befähigt, Erfindungen und Entdeckungen zu machen, sind wir aber insgesamt unfähig und zu dumm, diese auch noch verantwortungsbewusst und nachhaltig positiv zu steuern? Sind wir gar nicht dafür geschaffen, in Alternativen zu denken oder Denkstrukturen zu entwickeln, die Nutzen und Risiken objektiv sachlich abbilden? Ganz egal, welchem Thema (Ukraine, Fernseh-Angebot, Einkommensverteilung, Presse, Wahlen, Banken, Rüstungsexporte, die explosiven Konflikte im Südchinesischen Meer folgen demnächst wahrnehmbarer! usw. usw.) ich mich zuwende, es dauert nicht lange, und ich stoße wiederum auf dieses gelebte Sklavendenken. Womit ich nichts gegen misshandelte Sklaven an sich gesagt haben möchte! Fakt ist jedenfalls: Wir können es einfach nicht besser. Und das bleibt auch so, weil es offenbar unser genetisches Erbe (warum auch immer) ist. In der Resignation tröstet dann nur etwas der Gedanke an die offenbar nur genetisch zu erklärende, programmierte Sklavenmentalität. Dass Menschen nicht fliegen können, das sehen sie ohne weiteres ein. Vielleicht sollten sie auch einsehen, dass wir eine Grundstruktur in uns tragen, die uns eben nur zu dem befähigt, was wir erreicht haben. Vielleicht können wir aber auch über unser Be-

wusstwerden diese Programmierungen aufheben. Auch das Wirtschaften ist nur ein Bild dessen, wer wir sind. Menschliches Wirtschaften ist eben kein humanes Wirtschaften. Weltweit finden sich millionenfach Kinderarbeit, Ausbeutung unter unmenschlichen Umständen, Flüchtlingsdasein, Folter etc. und beweisen nachdrücklich, dass etwas mit unserem Denken und Verhalten so gar nicht menschengerecht ist. Von Klima-, Umwelt-, Natur- und Artenschutz u. ä. braucht man schon gar nicht mehr zu reden.

Ob es bessere Erklärungen oder gar sich aus der Evolution mehr Hoffnung auf mehr Humanität auf dieser Erde geben kann, können nun andere darstellen.

Zum Autor

Roland Weber



Im Ruhestand. „Verwaltungsobererrat außer Dienst“ – kurz: „VOR a. D.“. Als Jurist war er zunächst Abteilungsleiter im Arbeitsamt (später Arbeitsagentur) in Ludwigshafen. In seinen letzten Berufsjahren war er Leiter der Rechtsab-

teilung bzw. Vorgesetzter in der Widerspruchs- und Klagestelle des Job-Centers Ludwigshafen. Dabei lernte er die sozialen Problemlagen und ihre vielfältigen Auswirkungen in jeglicher Richtung kennen. Seine Einstellung fand er über die intensive Befassung mit Grund- und Verfassungsrechten, mit geschichtlichen, philosophischen und sozialen Aspekten und aus der Zeit in den 60ziger Jahren. Aktuelle politischen Vorgänge verfolgt er mit großem Interesse und sieht die grundsätzliche Beschränkung in einer humanen Weiterentwicklung der Gesellschaft.

In eigener Sache:

Für Reaktionen, Anregungen und Ideen aus Kreisen der Leserschaft, sowie Autoren und Autorinnen sind wir dankbar.

Per E-Mail: redaktion@humane-wirtschaft.de

Per Post:
Redaktion **HUMANE WIRTSCHAFT**
Schanzenweg 86
42111 Wuppertal